

Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Landesverband Baden-Württemberg
Kronprinzstraße 16
70173 Stuttgart
Telefon: 0 711 / 83 88 74 0
E-Mail: bawue@wirtschaftsrat.de

Positionierung der Landesfachkommission Finanzplatz Baden-Württemberg zu Sustainable Finance

Die Transformation der Finanzwirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit ist in vollem Gange. Dieser Prozess soll die dringend notwendigen Investitionen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit mobilisieren. Es gilt jetzt, politisch die richtigen Weichen zu stellen, damit die Modernisierung der deutschen Volkswirtschaft gelingt. Dabei ist es unabdingbar, den ESG-Ansatz ganzheitlich zu verfolgen und neben dem Klima- und Umweltschutz auch ökonomische und soziale Aspekte einzubeziehen. So wird ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung der Sustainable Development Goals (SDGs) der UN-Agenda 2030 geleistet.

Die Definitionen müssen stimmen, was nachhaltig ist und was nicht

Das Pariser Klimaabkommen im Jahr 2015 ist ein Meilenstein im Kampf gegen den Klimawandel. Der Finanzmarkt ist dabei ein wichtiger Partner, um Finanzmittelflüsse mit den Klimazielen in Einklang zu bringen. Auf europäischer Ebene entsteht mit der sogenannten „Taxonomy“ ein Klassifizierungssystem, welche Wirtschaftsaktivitäten als nachhaltig angesehen werden. Der Konsens ist jedoch noch nicht überall gefunden. Streitpunkte sind beispielsweise die Atom- und Gasenergie. Das fehlende Klassifizierungssystem verunsichert Emittenten sowie Anleger und hemmt die Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit. Außerdem begründet es die Gefahr von „Greenwashing“ bei Finanzprodukten.

Die Landesfachkommission Finanzplatz Baden-Württemberg fordert:

- Das Land Baden-Württemberg soll daraufhin wirken, dass ein klarer regulatorischer Rahmen, was unter nachhaltigen Wirtschaftsaktivitäten zu verstehen ist und was nicht, zügig erarbeitet wird.

Fordern, aber nicht überfordern: Wandel auf Unternehmensebene

Bei der Finanzierung der Transformation der deutschen Wirtschaft hin zu einer nachhaltigen Zukunft nimmt die Finanzwirtschaft eine Schlüsselrolle ein. Die Finanzwirtschaft ist sich dieser Aufgabe bewusst und setzt notwendige Maßnahmen bereits um. Beispiele sind die Klimaschutz-Selbstverpflichtung des Finanzsektors für Kredit- und Investmentportfolien, die „Typologie für nachhaltige Finanzinstrumente“ (ESG-Zielmarkt) der Deutschen Kreditwirtschaft und die Nachhaltigkeitsstrategie des Finanzplatzes Stuttgart. Mit zunehmender Bedeutung von ESG-Kriterien gilt es, die richtige Balance zu finden, um die Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung zu erfüllen und den heimischen Unternehmen genügend Zeit für den notwendigen Wandel zu geben. Die eigene Finanzkraft eines Unternehmens darf nicht zum Maßstab für den (Miss-)Erfolg bei der eigenen Transformation werden. Beispielsweise werden Produktionsunternehmen, wie sie in Baden-Württemberg vermehrt anzutreffen sind, in der Regel deutlich mehr Zeit und Kapital als beispielsweise Dienstleistungsunternehmen benötigen. Die Transformation kann nur in einem realistischen Zeitrahmen ökonomisch sinnvoll gelingen.

Die Landesfachkommission Finanzplatz Baden-Württemberg fordert:

- Das Land Baden-Württemberg soll seinen Einfluss bei der Gesetzgebung zur Transformation der Wirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit nutzen, um Unternehmen zu fordern, aber nicht zu überfordern.

Unverhältnismäßige bürokratische Hürden in der Berichterstattung unbedingt vermeiden

Informations- und Offenlegungspflichten für Emittenten nachhaltiger Finanzprodukte sind ein wesentlicher Eckpfeiler, um privaten und institutionellen Anlegern eine transparente Investitionsgrundlage zu geben. Eine zukunftsgerichtete Unternehmensberichterstattung muss die berechtigten Interessen der Anleger einerseits und den Aufwand für die Emittenten andererseits in Einklang bringen. Bereits heute werden Informations- und Offenlegungspflichten als eine der größten Hürden von Emittenten und Finanzwirtschaft im Emissionsumfeld empfunden. Umso mehr gilt, dass ein klares Regelwerk auf europäischer Ebene in Anlehnung an internationale Standards praktikabel für den kapitalmarktorientierten Mittelstand ausgestaltet sein muss. Es ist besser, mit einfachen Kennzahlen zu beginnen. Das erhöht die Akzeptanz und beschleunigt die Transformation der Emissionstätigkeit hin zu mehr Nachhaltigkeit. Innovative IT-Lösungen müssen als Standard nutzbar werden, um Informationsbeschaffung und -verbreitung für Emittenten zu erleichtern.

Die Landesfachkommission Finanzplatz Baden-Württemberg fordert:

- Das Land Baden-Württemberg soll mittelständischen Unternehmen zum Beispiel im Rahmen der Nachhaltigkeitsinitiative (WIN) den Praxisaustausch zu nachhaltigen Finanzierungslösungen fördern und durch eigene Initiativen eine Plattform für Vorbilder bieten.
- Das Land Baden-Württemberg soll sich dafür einsetzen, dass die notwendige ESG-Berichterstattung gerade durch die hiesige mittelständische Wirtschaft mit einem verhältnismäßigen Aufwand umsetzbar bleibt.

Grüne Finanzierungsinstrumente und Finanzanlagen auf Landesebene aktiv einsetzen

Das Land Baden-Württemberg ist mit Blick auf die ESG-Kriterien ein innovativer Wirtschaftsstandort. Der Wirtschaftsrat setzt sich für einen transparenten Ordnungsrahmen ein, der Wettbewerb und Innovation für die erfolgreiche nachhaltige Transformation auch auf Landesebene fördert. Nachhaltige Projekte gewinnen immer mehr an Bedeutung und können gezielt durch grüne Finanzierungsinstrumente (re-)finanziert werden. Hier geht das Land Baden-Württemberg mit dem „Green Bond BW“ voran. Die Nachfrage nach der zehnjährigen grünen Anleihe mit einem Volumen von 300 Millionen Euro belief sich in der Spitze auf 1,5 Milliarden Euro. Das starke Interesse von Investoren zeigt, dass weiteres Potenzial für grüne Finanzierungsinstrumente besteht. Es sollte jedoch auch weiter ein breiter Mix an Finanzierungsinstrumenten emittiert werden. So können Investoren gemäß ihren individuellen Anlagepräferenzen entscheiden. Marktkräfte dürfen nicht außer Kraft gesetzt werden. Damit die Transformation gelingt, gilt es die verschiedenen Ebenen der Landesverwaltung einzubeziehen und konsequent im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes mit Maßnahmen zur Zielerreichung zu definieren.

Die Landesfachkommission Finanzplatz Baden-Württemberg fordert:

- Das Land Baden-Württemberg soll seine Vorreiterrolle mit ESG-Finanzierungsinstrumenten ausbauen und auch einen Teil der eigenen überschüssigen Liquidität in von hiesigen Unternehmen emittierten nachhaltigen Finanzinstrumenten anlegen.
- Das Land Baden-Württemberg soll seine Vorbildfunktion nutzen, um Gebietskörperschaften und Landesbetrieben bei der ESG-konformen Finanzierung beratend zur Seite zu stehen.

Weiterbildungs- und Forschungsoffensive hin zu mehr Wissen und Kompetenzen für ein nachhaltiges Wirtschaftssystem

Ein Umdenken findet statt – Nachhaltigkeit hält immer stärker Einzug in unzählige Bereiche unseres Wirtschaftssystems. Erfolgreiche Firmen richten ihre Strategie an dieser Entwicklung aus und bleiben langfristig wettbewerbsfähig. Gezielte Weiterbildungsangebote für die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine fruchtbare Zusammenarbeit mit Universitäten, Hochschulen und weiteren Bildungseinrichtungen sind für Unternehmen erfolgskritisch. Die Innovationsförderung und die Unterstützung von Real- und Finanzwirtschaft müssen in gemeinsamen Projekten vorangetrieben werden. So könnte der Aufbau von Innovation-Labs (z.B. Co-Workingangebote) helfen, um gerade kleinen StartUp's und Fintechs den direkten Austausch zu ermöglichen.

Die Landesfachkommission Finanzplatz Baden-Württemberg fordert:

- Das Land Baden-Württemberg soll zusätzliche Fördermittel für Weiterbildungsangebote sowie die Zusammenarbeit der hiesigen Wirtschaft mit Universitäten, Hochschulen und weiteren Bildungseinrichtungen für ESG-Fragestellungen zur Verfügung stellen.
- Das Land Baden-Württemberg soll entsprechende Qualifizierungsangebote für die Landesverwaltung schaffen, z.B. „Sustainable Leadership“

Nachhaltigkeit und Finanzen in der Schule und in der Öffentlichkeit – Potenzial für mehr

Nachhaltigkeit kann man lernen. Schulen, außerschulische Lernorte und Alltagssituationen wirken dabei gemeinsam auf die junge Generation ein. Der Schule kommt allerdings eine besondere Bedeutung zu, da sie eine große Reichweite hat und die jungen Generationen direkt erreicht. Das Land Baden-Württemberg hat mit der Verankerung des Schulfachs „Wirtschaft“ einen wichtigen Schritt zur Stärkung des Wissens in Wirtschafts- und Finanzthemen geleistet. Dessen Ausrichtung gilt es zu überprüfen und ESG-Leitgedanken einfließen zu lassen. Darüber hinaus muss auch die breite Öffentlichkeit stärker als bislang zu Finanzfragen im Allgemeinen und zur Bedeutung nachhaltiger Anlagen informiert werden.

Die Landesfachkommission Finanzplatz Baden-Württemberg fordert:

- Das Land Baden-Württemberg soll die Öffentlichkeit durch Kampagnen und Events für die Bedeutung von Finanzthemen und für nachhaltige Anlagen sensibilisieren.

Zusammenfassung

Die Landesfachkommission Finanzplatz möchte mit diesem Positionspapier Impulse und Forderungen an die Politik in Baden-Württemberg geben, die bei der Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft unterstützen: Eine einheitliche passgenaue Nachhaltigkeitsdefinition, Unterstützung des Wandels auf Unternehmensebene, Förderung von verhältnismäßiger und transparenter Berichterstattung, Bedeutung eines ausgewogenen Anteils von grünen Finanzierungsinstrumenten und Anlagen des Landes und Anstrengungen in den Bereichen Forschung und (Weiter-)Bildung.

Der Wirtschaftsrat und die Landesfachkommission Finanzplatz Baden-Württemberg

Der Wirtschaftsrat der CDU e. V. ist mit über 12.000 Mitgliedern der größte Unternehmerverband in Europa. Unsere Mitglieder sind Unternehmer und Führungskräfte der ersten und zweiten Ebene. Der Landesverband Baden-Württemberg bildet mit seinen 2.700 Mitgliedern in 27 Sektionen den mit Abstand größten Landesverband in Deutschland.

Wir überzeugen aufgrund profunder inhaltlicher Arbeit in acht Fachkommissionen, wir sind mit über 300 Veranstaltungen im Jahr bestens vernetzt und wir setzen dank aktueller und innovativer Themen parteiübergreifend immer wieder Akzente in der wirtschaftspolitischen Entwicklung unseres Landes.

Das Mandat der Landesfachkommission liegt insbesondere in der Bewertung von Auswirkungen von finanzmarktpolitischen Rahmenbedingungen auf den Finanzsektor in Baden-Württemberg sowie in der Entwicklung von Vorschlägen zur Positionierung des Sektors in Land und Bund. Grundsätzliches Ziel der Landesfachkommission ist die Stärkung des Finanzplatzes Baden-Württemberg. Dabei spielt die Förderung des Verständnisses in der Politik, über die Aufgabe und Funktionen sowie die Rahmenbedingungen, in welchen die Finanzinstitutionen im Land operieren, eine zentrale Rolle. Vorsitzende der Kommission sind Andreas Torner, Sprecher der Geschäftsleitung Region Südwest, Deutsche Bank AG, und Dr. Martin Wagener, Head of Regulatory Affairs, Gruppe Börse Stuttgart.

V.i.S.d.P.:

Daniel Sander, Landesgeschäftsführer

Kronprinzstraße 16, 70173 Stuttgart, Tel. 07 11/83 88 74 - 0

Pressekontakt:

Julia Leubecher, Junior-Referentin;

Kronprinzstraße 16, 70173 Stuttgart, Tel. 07 11/83 88 74 - 44, Fax 07 11/83 88 74 - 20, j.leubecher@wirtschaftsrat.de

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. ist ein bundesweit organisierter unternehmerischer Berufsverband mit rund 12.000 Mitgliedern. Der 1963 gegründete Verband bietet seinen Mitgliedern eine Plattform zur Mitgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards. Der Wirtschaftsrat vertritt die Interessen der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Er versteht sich als Brücke zwischen Politik und Wirtschaft - und umgekehrt. Die Finanzierung des Verbands erfolgt ausschließlich durch die Beiträge seiner Mitglieder. Neben Unternehmen sind vor allem auch unternehmerisch tätige Führungskräfte sowie selbstständige Angehörige der Freien Berufe Mitglied im Wirtschaftsrat. Der Landesverband Baden-Württemberg hat in seinen 27 Sektionen in allen Regionen des Landes 2.700 Mitglieder. Landesvorsitzender ist Joachim Rudolf aus Stuttgart. Weitere Informationen erhalten Sie unter: <http://www.wirtschaftsrat.de>